



Grosser Rat nimmt tiefrotes Budget an

Trotz Millionen-Defizit Weil die Schuldenbremse nicht eingehalten wird, brauchte das Budget 2021 des Kantons Bern im Parlament eine Dreifünftel-Mehrheit. Diese kam zustande. Der Grosse Rat stimmte dem Voranschlag mit 116 zu 31 Stimmen bei 7 Enthaltungen zu.

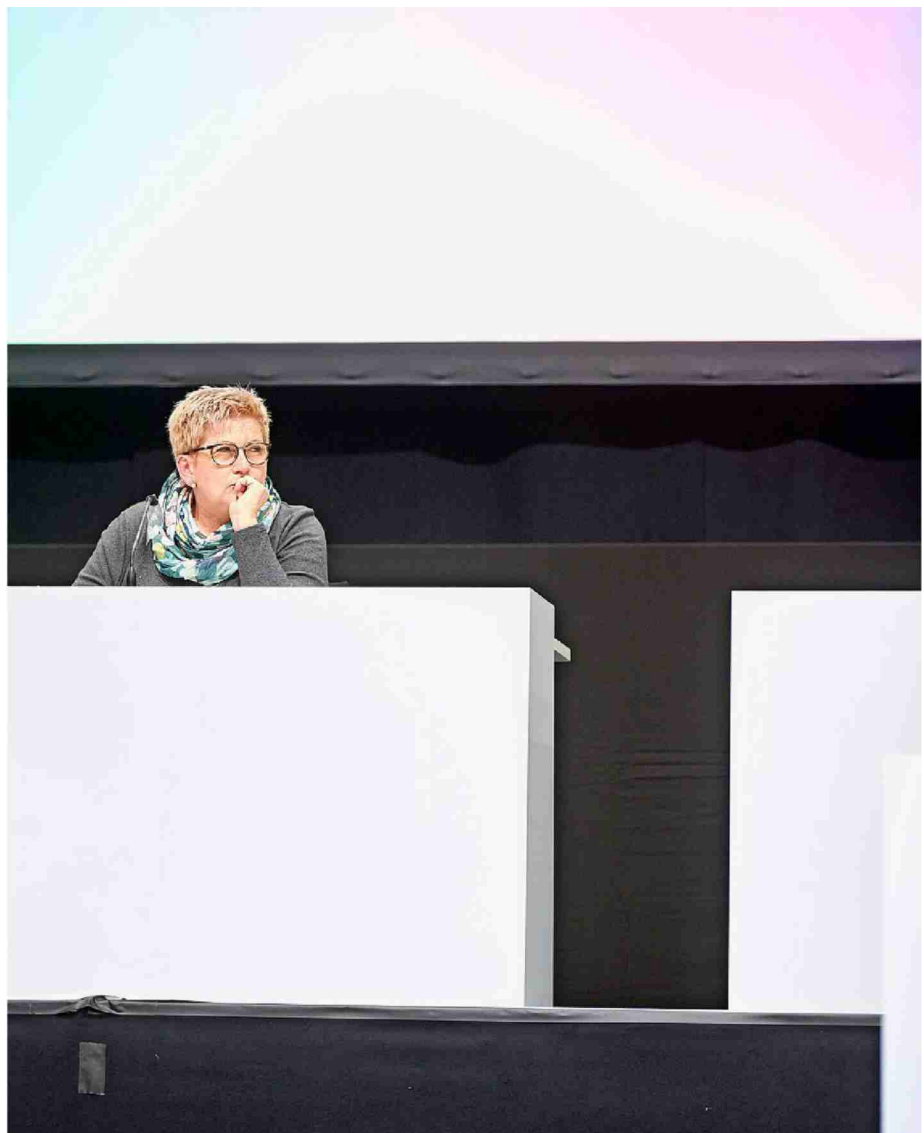
Das tiefrote Budget 2021 des Kantons Bern hat die Hürde im Parlament genommen. Der Grosse Rat stimmte dem Voranschlag am Dienstag mit 116 zu 31 Stimmen bei 7 Enthaltungen zu. Teile des linksgrünen Lagers gaben ihren Widerstand bei der Schlussabstimmung auf.

Das Budget des Kantons Bern sieht für 2021 ein Defizit von 547,3 Millionen Franken vor. Wegen Nichteinhaltung der Schuldenbremse war bei der Schlussabstimmung eine Dreifünftel-Mehrheit von 96 Ja-Stimmen erforderlich. Diese Hürde wurde schliesslich deutlicher als erwartet übersprungen – auch dank

Teile des links-grünen Lagers gaben ihren Widerstand bei der Schlussabstimmung auf.

abweichender Stimmen bei SP und Grünen.

Beide Parteien kritisierten die von der bürgerlichen Mehrheit durchgedrückten Steuer-senkungen als fahrlässig und warnten vor künftigen Sparpaketen. Ursula Marti (SP) zeigte sich «enttäuscht und erzürnt» und warf dem rechten Lager fehlende Kompromissbereitschaft vor.



Finanzdirektorin Beatrice Simon (BDP) während der Debatte des Grossen Rats. Foto: Adrian Moser



Carlos Reinhard (FDP): «Es tut allen weh»

Natalie Imboden (Grüne) kritisierte ihrerseits die «Vernichtung von Steuersubstrat in der Höhe von 85 Millionen Franken». Trotzdem schluckten Teile der Grünen und der SP die Kröte, wie auch die EVP. Deren Sprecherin Barbara Streit sah keine Alternative: «Ohne Budget gibt es keine Lohnerhöhungen und kein Geld für Corona-Härtefälle.»

Daniel Bichsel (SVP), Präsident der Finanzkommission, warnte den Rat eindringlich vor dem Szenario, ohne gültiges Budget in das neue Jahr zu starten. Der Voranschlag sichere trotz Steuersenkungen «einen soliden und verlässlichen Staat». Auch enthalte das Budget kein Sparpaket und lasse eine Neuverschuldung zu.

«Es tut allen weh», sagte FDP-Sprecher Carlos Reinhard. Die bürgerliche Seite hatte sich in der Detailberatung vergeblich gegen Lohnerhöhungen für das Kantonspersonal gewehrt.

Dabei setzte sich ein Kompromissvorschlag der Grünliberalen mit 80 zu 66 Stimmen durch. Demnach steigt die gesamte Lohnsumme um 0,4 Prozent – statt wie ursprünglich geplant um 0,7 Prozent. Die Fiko und die bürgerlichen Parteien wollten die Lohnmassnahmen ganz aus dem Budget streichen.

Kein Kompromiss bei Steuersenkungen

Bei den Steuersenkungen scheiterten die grünliberalen Kompromissbemühungen jedoch. Michael Köpfler (GLP) hatte vorgeschlagen, die Steueranlage für natürliche Personen von 3.06 auf lediglich 3.04 zu senken – statt wie geplant auf 3.025. Köpfler

Antrag wurde jedoch mit 89 zu 58 Stimmen abgelehnt.

Hasim Sancar (Grüne) wollte die Steuerreduktionen für natürliche Personen um ein Jahr verschieben. Sein Vorstoss scheiterte mit 90 zu 58 Stimmen ebenfalls. Und völlig chancenlos blieb ein Vorstoss von Christa Ammann (AL), welche die Steueranlage für Unternehmen gar erhöhen wollte.

Mit 105 zu 41 Stimmen verabschiedete das Kantonsparlament zudem den Aufgaben- und Finanzplan für die Jahre 2022-2024. Dieser sieht eine Neuverschuldung von mehreren Hundert Millionen Franken vor. (sda)

Kommentar

Das Kantonspersonal gewinnt

Davon können Angestellte in der Privatwirtschaft in diesen Krisenzeiten nur träumen: Das Berner Kantonspersonal erhält nächstes Jahr übers Ganze gesehen 1,2 Prozent höhere Löhne. Zusätzlich zu den unbestrittenen Rotationsgewinnen erhalten Verwaltungsangestellte, Lehrpersonen und Mitarbeitende in subventionierten Institutionen 0,4 Prozent der Lohnsumme für individuelle Lohnerhöhungen. Das

sind 12,2 Millionen Franken.

In Anbetracht dessen, dass eine Teuerung von minus 0,7 Prozent erwartet wird, bleiben ihnen 2021 gesamthaft somit sogar 1,9 Prozent mehr im Portemonnaie. Dies in einer Zeit, in der viele Selbstständige vor dem Ruin und etliche Angestellte der Privatwirtschaft vor Lohneinbussen oder drohendem Jobverlust stehen – Sorgen, die sich die Kantons-



angestellten nicht machen müssen. Deshalb befremdet eine solche Lohnerhöhung.

Zu vertreten ist sie nur, weil damit Schlimmeres verhindert werden konnte: ein Nein zum Budget. Dank des Kompromissvorschlags der GLP konnten zwar nicht alle, aber doch einige Linke dazu bewegt werden, das Budget trotz der für sie kaum annehmbaren Steuersenkungen zu schlucken. Anstatt nur der nötigen 96 kamen so sogar 116 Ja-Stimmen zustande.

Mit dem Ja zum Voranschlag hat das Parlament gezeigt, dass es Verantwortung übernimmt. Ein Nein wäre einem Shutdown gleichgekommen. Der Kanton hätte bis mindestens März nur noch die nötigen Ausgaben tätigen können. Was das zum Beispiel für die Covid-Härtefall-Gelder bedeutet hätte, wäre unklar gewesen.

Dabei sprangen nicht nur etliche Linke und die EVP, sondern auch Bürgerliche über ihren Schatten. Allen voran die GLP und die BDP, die contre cœur Hand zum Lohnkompromiss boten.

In den nächsten Jahren werden etliche finanzpolitische Kompromisse nötig sein. Denn der Finanzplan sieht weitere Defizite vor. Weil für ein Ja zu Minus-Budgets auch künftig 96 Ja-Stimmen nötig sein werden, haben die Linken dabei mehr Gewicht als bei normalen Abstimmungen. Das sollten die Bürgerlichen bei ihrer ansonsten komfortablen Mehrheit im Auge behalten.



Sandra Rutschi